

in Washington ansetzen, da beinahe alle Wehrmacht
Einheiten seinen Dienstposten bei den Kruppwerken wieder
übernehmen müßten.

Berlin. Der frühere Reichskanzler Dr. Brüning ist zu
Studienzwecken nach Sowjetrußland über Sibirien abgereist.
Rom. Der russische Botschafter in Rom, Jordanoff, hat den
Vertrag über die Meerengen unterzeichnet.

Vertagung des Reichstages.

OB. Berlin, 15. August.

Die heutige Sitzung trug durchweg im Gegensatz zu der
gegangenen hohen Anspannung den Charakter ruhiger Geschäft-
mäßigkeit. Es war auch kein Anlaß zur Erregung, da gestern
das Haus die Aussprache über die Rede des neuen Reichs-
kanzlers mit der Annahme des Vertrauensvotums der
Koalitionsparteien für den Kanzler und sein Kabinett ge-
schlossen hatte. Ferner hatte es der Soldanleihe fast ohne
Besprechungen zugestimmt und damit die wichtigsten Dinge
erledigt. Heute kam ein Antrag aller Parteien auf Er-
höhung der Zulagen in der Unfallversicherung zur
Verhandlung. Ohne Auseinandersetzung wurde dieser
Antrag in allen drei Lesungen angenommen. Darauf erfolgte
die erste Beratung des Gesetzes über die

Wertbeständigkeit der Post-, Postfach- und Telegraphengebühren.

Nach der Vorlage sollen die Grundgebühren durch Ver-
vielfachung mit einer Schlüsselzahl berechnet werden, deren
Grundlage die jeweilige Regelung der Bezüge des Personals
bilden soll. Diese Regelung soll im Vergleich zum 1. Juli
1914 oder nach einer allgemein gültigen Schlüsselzahl er-
folgen. Auf dieser Grundlage soll der Postminister am 1. oder
16. eines jeden Monats die Gebührensätze festlegen. Auch diese
Vorlage wurde ohne Aussprache in allen drei Lesungen an-
genommen. Dasselbe geschah mit dem Fernsprechtariff-
gesetz. Diese Vorlage bringt unter Fortfall
der Grundgebühren einen reinen Gesprächs-Gebühren-Tarif,
bei dem aber monatlich eine Mindestzahl von Gesprächen
behalten werden muß. Auch die Fernsprechtarife sollen wert-
beständig gemacht werden.

Ein Antrag des Abg. Esser (Zentr.), über den alsdann ver-
handelt wurde, forderte mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten,
die Handwerker und kleineren Unternehmern durch die
Geldentwertung erwachsen, die Vergütung öffentlicher
Arbeiten anzusetzen, erprobten Meisteranten Abschlagszahlungen
auf laufende Lieferungen zu gewähren. Der Antrag wurde an-
genommen.

Finanzpolitische Regierungsvorhaben.

Jetzt kam ein vom Abg. Herx (Soz.) eingebrachter Ge-
setzentwurf über finanzielle Vorhaben der Reichsregierung.
Dazu haben die Regierungsparteien eine Entschließung vorge-
bracht, wonach die Regierung alsbald Gesetzentwürfe einbringen
soll, die durch Befreiung der Vermögenswerte der Wirtschaft
und Übergang zu einer wertbeständigen Währung eine Sa-
nierung der Reichsfinanzen und eine Stärkung der Reichs-
treue in die Wege zu leiten geeignet sind.

Abg. Dr. Helfferich (Deutschnat.) regte an, daß die Regie-
rung in dieser Frage mit den Berufsständen in steter Fühlung
bleiben soll. Nachdem der Reichsfinanzminister Dr. Hilferding
dies zugestimmt hatte, wurde die Entschließung angenommen.

Ohne Erörterung wurde der Besoldungs- und Ruhegehalts-
entwurf des Reichslanddirektoriums in zweiter und
dritter Lesung angenommen. Nun kam man zu dem kommuni-
stischen Antrag auf Außerkräftigung der Verordnungen
des Reichspräsidenten vom 10. August 1923,
die sich auf die Bekämpfung der roten Fahne und anderer
kommunistischer Blätter beziehen.

Abg. Dr. Herx (Soz.) begründete ausführlich diesen Antrag,
wobei er es an Angriffen auf den Reichspräsidenten und die
sozialdemokratische Fraktion nicht fehlen ließ. Die Angriffe
riefen lebhaften Widerspruch der Sozialdemokraten und lä-
chernde Kundgebungen der Kommunisten hervor. Besonders
kehrte sich der Redner gegen den Teil der Ausschuhbestimmun-
gen, die sich gegen die Ausländer richten. Er nannte diesen
Teil ein Gesetz gegen Blödsinn.

Abg. Müller-Franken (Soz.) beantragte, den Antrag dem
Reichsausschuß zu überweisen. Die Angriffe des Vorredners
auf den Reichspräsidenten würden ebensowenig ausreichen
wie die sozialdemokratische Partei. Es sei selbstverständliche
Pflicht einer demokratischen Republik, sich zu schützen. Hier
wurden stürmische Unterbrechungen der Kommunisten laut.

Abg. Thomas (Komm.) erklärte, die Überweisung an den
Reichsausschuß laufe heute, wo sich das Haus vertagen wolle,
auf ein Begräbnis hinaus. Der Antrag müsse sofort erledigt
werden.

Reichsminister des Innern Sollmann

erklärte, selbstverständlich bedeute das neue Kabinett die von dem
vorigen Kabinett erlassenen Verordnungen. Die Verordnung
richte sich nicht gegen das freie Wort oder die Arbeiter, sondern
sie richte sich nur gegen gewisse Verleumdungen, die Staatsordnung
anzuführen. Die neue Regierung hat noch kein Wort verboten,
trotzdem wird sie in der wünschenswerten Weise angegriffen. Die
Regierung ist vom Volk und Parlament gewählt, deshalb fordert
die kommunistische Presse ihre Befreiung durch den Kampf
der Straße (große Unruhe) und Errichtung eines Sowjets an
Stelle der Kammer, die jetzt im Reichstag sitzen. Dagegen muß
sich die Regierung schützen. Zur Begründung verlas der Mini-
ster eine Anzahl von Presseartikeln. Weitläufig betonte er,
daß seine erste Amtshandlung in dem Nichtverbot einer Zeitung
bestanden habe. Der Minister schloß mit der ersten Mahnung
an die Landwirte, mit ihren Erzeugnissen nicht zurückzu-
halten und keinen Schaden zu treiben.

Nachdem der Abg. Thomas (Komm.) nochmals gesprochen
hätte, wurde der kommunistische Antrag an den Reichsausschuß
überwiesen.

Die Ergänzung des Reichsbedarfs-Gesetzes, Verlängerung
der Landbeschaffungsschritte um weitere 8 Wochen, wurde
einem Antrag der Regierungsparteien gemäß mit der Woh-
gabe angenommen, daß die Frist auf 10 Wochen ausgedehnt
wurde. Das Gesetz wurde sowohl in zweiter als auch in dritter
Lesung genehmigt.

Der Gesetzentwurf über Erhöhung der Wohnungs-
bauabgabe auf 45 000 % des Wirtschaftswertes für die Zeit
vom 1. Juli 1923 bis zum 31. Dezember 1924 (mit Gemeindegrenzen
90 000 %) wurde nach kurzer Aussprache gegen die
Kommunisten und die Deutschnationalen endgültig angenommen.

Ein Antrag an die Regierung, der Kotlage der Studenten
entgegenzutreten, wurde angenommen.
Darauf vertagte sich der Reichstag auf unbestimmte Zeit.
Der Präsident wurde ermächtigt, Termin und Tagesord-
nung der nächsten Sitzung zu bestimmen.

Behn- bzw. zwanzigfache Eisenbahnpreise

Die neuen Tarife ab 20. August.

Am 20. August werden die Personen- und Gepäcktarife
der Reichsbahn um 900 %, die Güter- und Tiertarife um
rund 2000 % gegenüber dem Stande der Tarife vom 1. 8. er-
höht. Die wertbeständigen Tarife (Inbez-Tarife) werden im
Personenverkehr zum 1. 9. eingeführt; im Güterverkehr je-
doch am 20. 8. Die Schlüsselzahl für den Güterverkehr ist
auf 1 200 000 festgesetzt worden.

Die Grundlage für den Personen-Inbez-Tarif, der am
1. September in Kraft treten soll, ist noch nicht festgesetzt.
Vorläufig gelten für die Personenbeförderung also die 10-
fachen Preise der jetzigen Tarife. Die Schlüsselzahl für den
Gütertarif, dem die Ariedenspreise zurunderechnet sind, ist

anscheinend auf einem Dollarkurs von über 5 Millionen
Mark errechnet worden. Danach ergibt sich also das 20fache
der jetzigen Gütertarife ab 20. August.

Die Vorgänge in Aachen.

Allgemeine Plünderungen.

n. Aachen, 15. August.

Trotzdem die Unruhen am Montag fast 20 Tote und
einige Verwundete gefordert hatten, kam es gestern in der
ganzen Stadt wieder zu Plünderungen. Die sämtlichen
Geschäftsviertel wurden fast vollständig ausgeraubt.
Schuhe, Kleidungsstücke, Lebensmittel, ja Luxusgegen-
stände, Möbelhandlungen, Zigarrengeschäfte, Schokoladen-
läden wurden vollständig ausgeplündert. Die Zahl der
ausgeraubten und demolierten Geschäfte geht weit in die
Hunderte. Die Polizei, die auf Anordnung der Besatzung
in ihrer Zahl nicht verstärkt werden durfte, war dem Treiben
gegenüber machtlos, zumal die Plünderungen gleich-
zeitig in allen Vierteln der Stadt ausbrachen. Zwar ver-
suchte sogenannte proletarische Kontrollkommissionen die
Ordnung aufrechtzuerhalten und zu verübten Plünderungen
in den Geschäften die Waren abzugeben. Sie werden ein-
fach beiseite geschoben und die Waren mit Gewalt heraus-
geholt. Ein Ansuchen an die belgische Besatzung, mit ein-
zuschreiten oder den Belagerungszustand zu verhängen,
wurde von dieser abgelehnt.

Im übrigen Reich ist die Veruhigung weiter fortge-
schritten. Der Versuch zu einem allgemeinen Streik in
Mitteldeutschland ist zusammengebrochen. In Kre-
feld ist die Ruhe wieder hergestellt. Bei einem Gezeck zwi-
schen Feldbesitzern und Landjägern in der Nähe von Duis-
burg wurden ein Arbeiter und ein Landjäger getötet. In
Herne wurde der Wochenmarkt gestürmt und die Waren ge-
plündert. In Leverkusen mußten die Farbenfabriken wegen
kommunistischer Szenen infolge der Arbeiterbewegung
geschlossen werden.

Wochenhilfe und Wochenfürsorge.

Erhöhte Bezüge.

Der Reichsausschuß für Wochenhilfe und Wochen-
fürsorge genehmigte sämtliche vom Unterausschuß vorge-
nommene Erhöhungen. Demnach betragen die Leistungen

Erklärung!

Der ungedeuh Markkurz hat das Zeitungsgewerbe besonders
schwer betroffen. Während es den meisten anderen Unternehmen
möglich ist, in kurzer Zeit sich den durch den Wechsel der
Währungen anzuweisen, muß der Zeitungsgewerbe infolge seiner
Eigentümlichkeit mehrere Wochen vorher finanzielle Maßnahmen treffen, um eine
Ausbreitung des Betriebes zu vermeiden. In letzter Zeit
haben sich aber die Verhältnisse im Zeitungsgewerbe so ver-
ändert, daß sich trotz aller angestrebten Vorkehrungen diese Maßnahmen als
unzureichend erwiesen. Ist die Krise herabgebrochen, und
nun sind alle Zeitungen zur Erhaltung ihrer Existenz gezwungen,
sich den üblich veränderten neuen Verhältnissen nach Möglichkeit
anzupassen. Daß die Zeitungsgewerbetreibenden sich dabei nur im Rahmen
des unbedingt notwendigen gehalten haben, beweist jeder Vergleich
mit der Preissteigerung für alle anderen Bedürfnisse des täglichen
Lebens.

Verein sächsischer Zeitungverleger, e. V.

Wir schließen uns obiger Erklärung an und bitten unsere
geschätzten Leser, den Bezug der Nachrichten nach Möglichkeit nicht
einzustellen, da davon das Weitererhalten abhängt.

Der Bezugspreis der Nachrichten für Naunhof

betragt für die zweite Augusthälfte 250.000 Mk.

Verlag der Nachrichten für Naunhof.

der Wochenhilfe je ein Vielfaches der Reichsinduzzahl. Für
den gesamten Vertriebsfall ist die am Ende der Woche
der Rückkunft veröffentlichte Reichsinduzzahl maßgebend.
Dabei ist diese Reichsinduzzahl auf volle Tausend abzu-
runden. Weibliche Versäumnisse, die in den letzten zwei
Jahren vor der Rückkunft mindestens zehn Monate hin-
durch, im letzten Jahre vor der Rückkunft aber min-
destens sechs Monate hindurch auf Grund der Reichsver-
sicherung oder bei einer knappschaftlichen Krankenkasse ver-
sichert gewesen sind, erhalten als Wochenhilfe: Ärztliche
Behandlung, einen einmaligen Beitrag zu den sonstigen
Kosten der Entbindung und bei Schwangerschaftsbeschwer-
den in Höhe des Sechstel der Reichsinduzzahl, ein
Wochenlohn in Höhe des Krankengeldes, jedoch mindestens
ein Zehntel der Reichsinduzzahl täglich, für vier Wochen
vor und sechs zusammenhängende Wochen unmittelbar
nach der Rückkunft. Solange sie ihre Neugeborenen
stillen, ein Stillsitzen in Höhe des halben Krankengeldes,
jedoch mindestens drei Zehntel der Reichsinduzzahl
täglich, bis zum Ablauf der zwölften Woche nach der
Rückkunft. In entsprechender Weise wurde die Wochen-
fürsorge geregelt.

Schlußdienst.

Bermischte Nachrichten.

Das Postministerium noch unbesetzt.

Berlin, 15. August. Die Neubestellung des Reichs-
ministeriums ist noch nicht erfolgt. Wie man aus parla-
mentarischen Kreisen hört, hat der Abg. Siebert, der
vom Zentrum vorgeschlagen war, auf seine Kandidatur ver-
zichtet.

Keine Jahresversammlung des Verbandes Deutscher Elektrotechniker.

Berlin, 15. August. Die für Anfang September in
Dresden geplante Jahresversammlung des Verbandes
Deutscher Elektrotechniker ist durch Beschluß des Vorstandes
mit Rücksicht auf die Not des Vaterlandes auf bessere Zeiten
verschoben worden.

Großer Diebstahl in der spanischen Postkassette.

Berlin, 15. August. Heute morgen wurde in der spani-
schen Postkassette ein großer Silberdiebstahl entdeckt. Ge-
stohlen sind große Tabletts, Teelampen, Teekessel und viele
andere, außerdem eine große Damasktblende und eine große
gelbe Decke, in denen die Sachen wahrscheinlich weggetragen
worden sind.

24stündiger Generalstreik in Leipzig.

Leipzig, 15. August. Die kommunistische Partei hat
ein Flugblatt verbreitet, wonach die Betriebsräteoffen-

sammlung den 24stündigen Generalstreik für Leipzig be-
schlossen habe. Der Streik geht unter der Parole: Wegen
die große Koalition! Für die Bauern- und Arbeiterregie-
rung! Für die kommunistischen Wirtschaftsforderungen!
Der Streik hat heute früh eingesetzt. Auch die städtische
Straßenbahn ist stillgelegt. Die Gasarbeiter haben eben-
falls die Arbeit eingestellt, die des Elektrizitätswerkes
haben sich ihnen angeschlossen, so daß Leipzig ohne Gas
und elektrischen Strom ist. — In Werdau wurden die
Arbeitgeber gezwungen, jedem über 20 Jahre alten
Arbeiter, gleichviel ob Meister oder Neueingetretener,
300 000 Mark Stundenlohn zu bewilligen.

Vollständige Arbeitsruhe in Celle.

Celle, 15. August. In Celle ist der Generalstreik aus-
gerufen worden. In sämtlichen Betrieben, in den Zwickel-
schiffbauwerken und auch in den Kautschukwerken der Um-
gebung ruht die Arbeit. Eingeleitet wurde die Bewegung
von kommunistischer Seite. Die Gewerkschaften haben sich
der Streikparole angeschlossen.

Lebensmittel für das Ruhrgebiet.

Essen, 15. August. Infolge der Sperr- und Bewe-
sungsmaßnahmen der Franzosen ist im Ruhrgebiet die Lebens-
mittellage nach wie vor äußerst bedrohlich. Die Bevölkerung
erwartet deshalb von der neuen Regierung schnellste und
tatsächliche Hilfe. Heute ist in Essen bekannt geworden,
daß die Reichsregierung einen größeren Devisenbeitrag zur
Sicherung der Fettversorgung im Ruhrgebiet zur Verfügung
gestellt hat. Es ist vorjorge getroffen worden, daß große
Fettmengen in den gefährdeten Bezirken wenn irgend mög-
lich noch heute zum Verkauf gelangen.

Vollständige Arbeitsruhe in Hamburger Hafen.

Hamburg, 15. August. Im Hamburger Hafen herrscht
heute vollständige Arbeitsruhe. Die Schauerleute stellen
folgende Forderungen: Vollständige Befreiung der
Sicherheitspolizei aus dem Hafen und dem Hasen-
gebiet und zehn Millionen Wirtschaftsbeträge. Mit den
neuen Lohnvereinbarungen, die für drei Tage 4 650 000
Mark vorsehen, sind sie nicht einverstanden. Der Hasen-
verkehr ruht bis auf geringe Ausnahmen. Vormittags
legten auch die Schiffsdampfermannschaften die Arbeit
nieder. Der Seebüchsen-Dampfer „Kaiser“ ist nicht ausge-
fahren. Auf den Werften wird durchweg nicht gearbeitet.

Amerika wartet ab.

London, 15. August. Aus Washington wird gemeldet,
es könne mitgeteilt werden, daß die Regierung Coolidge zu
den politischen Grundfragen, die in einer Rede des
Staatssekretärs Hughes in New Haven im September 1922
niedergelegt worden seien. In der Frage der deutschen Re-
parationen sei die amerikanische Regierung, wie erklärt
wurde, bereit, in jeder Weise zu helfen, ohne sich selbst zu
sehr zu engagieren. Die amerikanische Regierung lege ihre
Weg offen, um in der augenblicklichen Krise die beste
Hilfe zu leisten und zögere daher, irgend einen neuen Vor-
schlag vorzubringen.

Grubenexplosion in Amerika.

London, 15. August. Einer Meldung aus Whoming
(Ver. Staaten) zufolge hat sich in dem Schacht der Kem-
matera-Gruben eine furchtbare Explosion vollzogen, bei
der 200 Bergarbeiter lebendig begraben wurden.

Eröffnung der interparlamentarischen Konferenz.

Kopenhagen, 15. August. Heute vormittag wurde in
Gegenwart von etwa 800 Delegierten, den Mitgliedern
der Regierung, der diplomatischen Korps usw. die 21. inter-
parlamentarische Konferenz eröffnet. Präsident M o l-
t e n sprach von den Zielen, für die die interparla-
mentarische Union seit ihrer Gründung gearbeitet habe; näm-
lich eine bessere Zukunft vorzubereiten, wo Streitigkeiten
zwischen den Völkern nicht durch Waffenmacht entschieden
würden, sondern durch Verhandlungen, durch Schieds-
gerichte oder internationale Rechtsprechung. Es sei jetzt
fünf Jahre her, seit der Weltkrieg aufgehört habe. Noch
immer sei kein wirklicher Friede geschaffen.

Die Verfassungsfeier im Dresdner Opernhaus.

Auf Einladung der Regierung des Freistaates Sachsen und
der Landesparlamentarier Dresden fand am Sonntag Vormittag 11
Uhr im Opernhaus eine Verfassungsfeier statt, der die sämtlichen
und städtischen Behörden beiwohnten. Ministerpräsident Dr. Seigner und
die in Dresden anwesenden Minister hatten in der ehemaligen könig-
lichen Loge Platz genommen. Der Freistaatminister Herr
Wann. Ausgehend von der Verfassung, deren Geist Friede und
Ausgleich sei, ging der Redner auf die politische Lage über, be-
zeichnete die Industriellen als Vorkämpfer, beschimpfte die Ruhrindustriellen,
die mit dem Feinde zusammenarbeiten. Am meisten empfanden aber
seine Angriffe auf die Reichsregierung, die er, wie der Union-
Sachverständigen einwandfrei erklärt, auf speziellen Wunsch des Minister-
präsidenten Dr. Seigner besonders scharf ausgingen ließ. Dem
Reichskanzler war er Unhöflichkeit, Unbilligkeit vor, der selbst den
Vorwurf „lebender Leichnam“ unüberprüfbar gemacht habe. Die
Reichsregierungsverhandlungen der letzten Tage seien ein Theater gewesen,
wie es noch kein Theater gegeben habe. Eine große Zahl der
Besucher verließ während der Rede ostentativ unter lautem Ir-
schlagen das Haus, andere gaben ihrer Empörung durch Zeichen
Ausdruck. Beim Schluß der Rede, die einem kommunistischen
Propagandarede alle Ehre gemacht hätte, spendeten Ministerpräsi-
dent Dr. Seigner und Kultusminister Fleischer besonders lebhaft und
anhaltend Beifall.

Die skandalöse Rede Heinrich Wauws

bei der Verfassungsfeier in Dresden hat nicht nur in bürgerlichen,
sondern auch in sozialistischen Kreisen, die politischen Sinn und Ge-
halt für Takt haben, die heftige Empörung hervorgerufen. Die
Sprache der Dresdener Stadtverwaltung, die mit zu den Einladenden
gehört, haben ihren Empfindungen auch sehr unzweideutig Ausdruck
gegeben. Generalkonzeptionsrat Wauw hat, wie sich jetzt herausstellt,
absichtlich nur den ersten Satz der Fünftel-Satzung von Beethovens
geistlich spielen lassen, und dann aus Jorn über den Mannischen
Skandal grollen abgebrochen. Ein Herr, den Ministerpräsident Dr.
Seigner eingeladen hatte, mit Wann zusammen zu spielen, lehnte
rundweg ab. Unter den eingeladenen bürgerlichen Gästen der Regie-
rung herrscht nur eine Stimme der Empörung über die unerschämten
Provokationen Wauws. Die Angelegenheit wird ein Maßstab im
sächtischen Landtag haben, denn der demokratische Abg. Dr. Kallner
hat, wie aus Dresden gemeldet wird, folgende Anfrage eingebracht:
„Bei der am 11. August von der Regierung und der Stadt im
Opernhaus veranstalteten Verfassungsfeier hat Heinrich Wann die
Festrede gehalten. Seine Ausführungen widersprechen zum Teil nach
Form und Inhalt dem Charakter dieser als gemeinsame Feiertage
verfassungstreuen Kreise proklamierten Veranstaltung. Wie tragen der-
halb die Regierung: Hat ihr der Wortlaut der Rede vorher vor-
gelegt oder war er mit ihr verabredet? Billigt sie Form und In-
halt der Ausführungen des Redners in ihrem gesamten Umfang oder
insoweit tut sie es nicht?“

Erklärung!

Connenauig
Connenauig
1786 Fried
— 1812 Sieg

□ Wertbestän-
des letzten St
durchweg mög
leibe mit den
laren rechtseit
getroffen, daß
nicht geschehen
zugeführt wird

□ Die neue
Preisverzeichn
kraft treibende
Reichswirtschaft
chen, Zwickel-
müle und Gem
ter, Margarine
Treibwaren, frei
Wit Preisstiege
stände des täg
Nahrungsmittel
und Kaffeemisch
kolade, Zucker
mittel, Holz, S
Brennspiritus,
ner, Frauen-
Bett- und Hau-
Wägen, Schuh
für den Hausbe
nigungsmittel,
Schularittel, T

□ Notgeld d
dauernden Kra
die Reichsbahn
1 Million Mar
zahlungen in d
on allen Kasse
Zahlungsmittel ang
geßt.

□ Die Preis
Geldentwertung
sind z. B. dab
5 000 000 M
Ainer Zeitung
preis ist auf 3
daß eine durch
1 200 000 Mar
presse ihre T
zahlungen in d
Gigantische gew

Heute Donner

1. Auf Kommande
2. Ouverture z. O
3. Taktischer Uben
Orpl.
4. Ebeidamen. W
5. Polsterlager.
6. Große Flanette

— Komme
Naunhof (D. T
Abliche Schautu
Erweiterung erfa
Weltturnen für d
anfechtlichen Pre
Mitglieder des V
finden. Näheres
Nummer.

W. In einze
verbreitet zu sein.

Reise

26 Copyri

Erna dachte
verderben durfte.
Martin Ernstma
„Terzib“ mit m
leise, „berückst
mich befinde.“ M
Mutter, Fürstin
Martin nicht da
griff mit heißen
bu den Füßen
hätte, würdest
vorbereitet. In
die Scheidung a
Frau machen.
eine Frau nach
gehabt, was es
Sie lächelte bitter
er ahnte, wie tr
daß sie gelolten
Nun rannen
und Frau Doris'
das Geliebte p
„Konstanz du
mit ihm auseina
sich alles auf löid
Erna preßte
mäßig fand sie
Wie verlieren ma
„Kein, Mutter
nichts erreichen.
Füßchen, und al
ben, nannte er m
überreist, alles w
nur ihn ganz allei
die erst wieder g
lagen. Dabei bli
mehr aus, weidete
schlafend wännte
wischen. Es alid
liner Nachtigal zu